

**Motion Häcki Walter und Mit. über eine Neuorientierung der Agglomerationspolitik (M 94)****Eröffnet: 3. Dezember Justiz- und Sicherheitsdepartement****Antrag Regierungsrat:** Ablehnung**Begründung:**

Im März 2007 hat der Kantonsrat den Planungsbericht über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes (B 172) mit grosser Mehrheit zustimmend zur Kenntnis genommen. Darin wurden unter anderen die Vor- und Nachteile einer vereinigten Stadtregion aufgezeigt. Wir und der Kantonsrat sind gemeinsam zur Überzeugung gelangt, dass die Stärkung der wirtschaftlichen Zentren der Stadt und Agglomerationsgemeinden und der Region Sursee (nebst der Ausrichtung auf die Metropolitanregionen Nordschweiz und die Stärkung der Landschaft durch die Neue Regionalpolitik) eines der adäquaten Mittel ist, um den Kanton Luzern zu stärken und vorwärts zu bringen. In dieser Haltung sind wir durch die Nach-Analyse zur Abstimmung über den Fusionsbeitrag von 20 Millionen Franken an Littau-Luzern von der Bevölkerung bestärkt worden. 68 Prozent der Befragten fanden, es müsse über weitere Fusionen in der Stadt Luzern und den Agglomerationsgemeinden nachgedacht werden.

Im gleichen Bericht wurde ebenfalls aufgezeigt, warum wir von zusätzlichen Anstrengungen in der Zusammenarbeit absehen. Wir verweisen auf die Ausführungen in Kapitel e. Aufwändige Zusammenarbeit Seite 39: "(...) gross war bereits in der Vergangenheit die Bereitschaft, Zusammenarbeitsformen zu prüfen. Diese positive Grundhaltung kollidierte jedoch in der Regel mit der Schwierigkeit, verbindliche Abstimmungen zu erreichen. Schwierig erweist sich vor allem die koordinierte räumliche Entwicklung. Mit den heutigen Strukturen versucht jede Gemeinde für sich, alle Bedürfnisse abzudecken. (...) Die Aufgaben der Gemeinden sind in den vergangenen Jahren ständig gewachsen und gleichzeitig komplexer geworden. Das hatte einen zunehmenden Aufwand an Absprachen und Zusammenarbeit zur Folge." Aus solchen Überlegungen heraus haben wir und der Kantonsrat entschieden, die Strategie der vereinigten Stadtregion zu verfolgen. Im gleichen Bericht zeigten wir auch auf, weshalb wir von einer zusätzlichen institutionellen Ebene absehen. Die Erfahrungen aus den Kantonen Bern und Freiburg zeigen, dass dieser Weg sehr langwierige Prozesse erfordert, die überdies einen grossen Koordinationsaufwand mit sich bringen. Aus den erwähnten Gründen sehen wir von einer finanziellen Unterstützung von Projekten mit einer zusätzlichen institutionellen Ebene ab, weil nach unserer Meinung in der Agglomeration Luzern Strukturen abgebaut und nicht aufgebaut werden sollten. Regionalkonferenzen und Regionalräte bedeuten neue Gremien mit zusätzlichem Koordinationsbedarf. Selbstverständlich achten wir die grundsätzliche Autonomie der Gemeinden und respektieren, wenn Gemeinden zu einem anderen Entscheid gelangen und verschiedenste Varianten prüfen, um die anstehenden Herausforderungen anzugehen.

Wir beantragen Ihnen deshalb, die Motion abzulehnen.